

<b>FRAGE 1: Im Main-Kinzig-Kreis stehen ca. 50 % aller südhessischen Windkraftanlagen, das ist aber noch nicht das Ende. Insbesondere im Naturpark Spessart sind weitere Anlagen bereits genehmigt oder demnächst im Genehmigungsverfahren.                      Halten Sie persönlich diese Ungleichbehandlung der Bevölkerung im MKK für akzeptabel?                      Wie würden Sie sich als Bundestagsabgeordneter für eine faire Verteilung der Anlagen in Südhessen einsetzen?</b>					
<b>Johannes Wiegelmann (CDU)</b>	<b>Jürgen Mohn (AfD)</b>	<b>Helge Fitz (Die Linke)</b>	<b>Dr. Markus Alexander Schmidt (FDP)</b>	<b>Michael Neuner (SPD)</b>	<b>Philip Schinkel (GRÜNE)</b>
<p>Die ungleiche Verteilung der Windkraftanlagen war und ist nicht akzeptabel. Als Bundestagsabgeordneter würde ich den Landkreis und die Kommunen in ihrer Positionierung gegenüber dem Regierungspräsidium und der Regionalversammlung unterstützen. Denn die Zuständigkeit für den Teilplan Erneuerbare Energien Südhessen, aus welchem sich die ungleiche Verteilung ergibt, liegt beim Regierungspräsidium Darmstadt und der Regionalversammlung Südhessen. Es wäre unredlich, als Abgeordneter den Eindruck einer darüberhinausgehende Einflussmöglichkeit auf den Teilplan Erneuerbare Energien zu erwecken.</p>	<p>Schon seit Jahren werbe ich dafür, Windkraftanlagen grundsätzlich gar nicht in hessischen Wäldern zu bauen. Viele Anlagen in Südhessen stehen aber genau dort. Gerade in meiner Heimat des Spessarts lehne ich jede weitere Anlage ab und werbe für den Rückbau bereits vorhandener Anlagen. Meine Familie hat ihre Wurzel in Mosborn. Dort Windkraftanlagen zu bauen, halte ich gelinde gesagt für eine Katastrophe für den kleinen Ortsteil von Flörsbachtal.</p>	<p>Antwort 1: Wenn es so ist, erscheint mir das ungerecht. Antwort 2: Das würde ich, solange der notwendige Ausbau nicht darunter leidet.</p>	<p>Als ärgerlich empfinde ich an der Situation im MKK, dass die über-geordneten politischen Ebenen keinerlei Rücksicht auf die ablehnende Haltung sowohl der Bürgerinnen und Bürger als auch der Kommunal-politik nehmen und an einem Ausbau der Windenergieanlagen (WEA) festhalten. Als Bundestagsabgeordneter würde ich mich daher dafür einsetzen, frühzeitige Bürgerbeteiligungsverfahren zu stärken, weitergehende und beschleunigte Einspruchsrechte zu prüfen und unabhängige Prüfstellen bzw. Ombudsstellen einzurichten. Ohnehin stehe ich einem Ausbau der Windenergie – insbesondere in Wäldern – angesichts der fehlenden Grundlastfähigkeit und den von den WEA ausgehenden Belastungen für Flora und Fauna skeptisch gegenüber</p>	<p>Klar ist, das Windkraftanlagen dort stehen müssen, wo sie besonders wirtschaftlich sind und möglichst geringe Beeinträchtigungen für Mensch und Natur nach sich ziehen. Ich bin offen dafür, auch die Potentiale in anderen Regionen Hessens stärker zu prüfen</p>	<p>Beantwortung der Fragen wurde abgelehnt, da der Wahlkampf dazu keine Zeit lässt.</p>

<b>FRAGE 2: Durch das WindBG (Windenergieflächenbedarfsnetz) wurde das bisherige Planungskonzept der Vorranggebiete mit Ausschlusswirkung der übrigen Gebiete ad absurdum geführt. Es beinhaltet für Kommunen und Länder eine Klausel, die den Bau von WKA auch in den bisherigen Ausschlussgebieten ermöglicht. Halten Sie die Abschaffung der Ausschlussgebiete für richtig? Das WindBG ist Bundesgesetz, würden Sie sich als Bundestagsabgeordneter für eine entsprechende Korrektur einsetzen?</b>					
<b>Johannes Wiegelmann (CDU)</b>	<b>Jürgen Mohn (AfD)</b>	<b>Helge Fitz (Die Linke)</b>	<b>Dr. Markus Alexander Schmidt (FDP)</b>	<b>Michael Neuner (SPD)</b>	<b>Philip Schinkel (GRÜNE)</b>
<p>CDU/CSU haben sich in den Verhandlungen mit der Erst-Ampel erfolgreich dafür eingesetzt, dass noch in der laufenden Legislaturperiode das WindBG dahingehend geändert wurde, dass Windenergieanlagen ausschließlich in ausgewiesenen Windenergiegebieten errichtet werden dürfen. Der Gesetzentwurf wurde am 31. Januar 2025 angenommen und ging auf eine Initiative von CDU/CSU für mehr Steuerung und Akzeptanz beim Windenergieausbau zurück. Windenergieanlagen dürfen danach nur in solchen Gebieten errichtet werden, die auf Landesebene als solche ausgewiesen wurden.</p>	<p>Windkraftanlagen sind Industrieanlagen und gehören fast ausschließlich in dafür ausgewiesene Industriegebiete. Das WindBG muss daher neu gedacht werden.</p>	<p>Antwort 1: Im Prinzip ja. Es muss allerdings so ausgestaltet sein, dass das nicht dazu führt, dass die erforderlichen zusätzlichen Anlagen hauptsächlich in Waldgebieten errichtet werden, etwa weil dort eine Genehmigung leichter zu erreichen ist.</p> <p>Antwort 2: Wenn das im obigen Sinne erforderlich ist, ja.</p>	<p>Die Regelungen des WindBG sind ein Beispiel dafür, wie zentralistisch und direktionistisch seitens der entsprechenden bundespolitischen Stellen in das Leben der Menschen vor Ort und die Gestaltungs- und Selbstverwaltungsbefugnisse der örtlichen politischen Gremien eingegriffen wird - trotz aller Nachteile, die WEA für Natur, Umwelt und Menschen mit sich bringen. In den Regelungen des WindBG spiegelt sich zudem ein großes Misstrauen der Bundespolitik gegenüber den Menschen und den Landes- sowie kommunalen Gremien wider. Ich halte eine Korrektur des WindBG für nötig. Das impliziert keine Ablehnung klimaschonender Energiequellen per se, sondern meine Präferenz für eine realistische Energie- und Klimapolitik, die mit Anreizen statt Drohungen arbeitet.</p>	<p>Das Ziel des WindBG ist es, im Interesse des Klima- und Umweltschutzes die Transformation zu einer nachhaltigen und treibhausgasneutralen Stromversorgung, die vollständig auf erneuerbaren Energien beruht, durch den beschleunigten Ausbau der Windenergie an Land zu fördern. Dieses Ziel halte ich für Richtig, genauso wie die verbindlichen Flächenziele für die Bundesländer.</p>	<p>Beantwortung der Fragen wurde abgelehnt, da der Wahlkampf dazu keine Zeit lässt.</p>

<b>FRAGE 3: Mit dem WindBG wird dem Bau von WKA der Vorrang vor dem Naturschutz gegeben. Halten Sie das für richtig? Werden Sie sich für die Rechte von Naturschutz auch gegen den Vorrang der Windkraft einsetzen?</b>					
<b>Johannes Wiegemann (CDU)</b>	<b>Jürgen Mohn (AfD)</b>	<b>Helge Fitz (Die Linke)</b>	<b>Dr. Markus Alexander Schmidt (FDP)</b>	<b>Michael Neuner (SPD)</b>	<b>Philip Schinkel (GRÜNE)</b>
<p>Grundsätzlich ist es zu begrüßen, wenn Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung getroffen werden. Zustimmung verdient ebenso, dass Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigt werden muss und dazu auch die Windkraft-Verfahren schneller werden müssen.</p> <p>Ich sehe nicht, dass das WindBG das Spannungsfeld zwischen Planungsbeschleunigung und Energiesicherheit auf der einen Seite sowie Natur- und Artenschutz auf der anderen Seite klug auflöst. Nachschärfungen sind zu prüfen.</p>	<p>Wir werden die großflächigen Naturzerstörungen durch Windkraftanlagen und Photovoltaikanlagen in Wäldern, Feldern und auf Ackerflächen sofort beenden. Das Baugesetzbuch und das Raumordnungsgesetz sind entsprechend auf die ideologiefreien Regelungen vor 2021 zurückzuführen. Außerdem muss Ersatz für alte Bestandsbauten genehmigungsrechtlich im Außenbereich ermöglicht werden.</p>	<p>Antwort 1: Nein. Es sollte ein Gleichgewicht bestehen. Aber auch Klimaschutz ist Naturschutz.</p> <p>Antwort 2: Ja, im obigen Sinne.</p>	<p>Das WindBG selbst enthält keine expliziten Formulierungen, die einen Vorrang der WEA gegenüber dem Naturschutz begründen. Tatsächlich formuliert §1 sogar das Interesse des Umweltschutzes. Gleichwohl können die Regelungen des WindBG darauf hinauslaufen, den Bau von WEA auch in Konfliktfällen mit dem Naturschutz zu erleichtern. Ich halte die Auffassung, dass Klimaschutz langfristig auch dem Naturschutz dient, so dass eine entsprechende Privilegierung angemessen wäre, nicht für überzeugend; dafür sind die Nachteile der WEA gerade in Waldgebieten zu groß. Ich halte es daher für angemessen, die Position des Umweltschutzes hier wieder zu stärken.</p>	<p>Gerade im Bereich des Naturschutzes, der nachhaltigen Energieversorgung und der Klimaanpassung kommt es oft zu Abwägungsentscheidungen, die schwierig sind. Ich halte die Schwerpunktsetzung für nachvollziehbar, wenngleich ich selbstverständlich auch dem Naturschutz einen hohen Rang einräume</p>	<p>Beantwortung der Fragen wurde abgelehnt, da der Wahlkampf dazu keine Zeit lässt.</p>

<b>FRAGE 4:</b> Gerade im Main-Kinzig-Kreis werden die meisten WKA im Wald gebaut. Das führt insbesondere bei den Aspekten Landschaftsbild, Naturschutz, Artenschutz oder Menschenschutz zu gravierenden Interessenkonflikten. <b>Wie stehen Sie generell zu Windkraftanlagen im Wald?</b> <b>Was würden Sie als Bundestagsabgeordneter tun, um dem Wald wieder seine eigentliche Funktion als Erholungs- und Lebensraum für Mensch und Tier zurückzugeben.</b>					
Johannes Wiegelmann (CDU)	Jürgen Mohn (AfD)	Helge Fitz (Die Linke)	Dr. Markus Alexander Schmidt (FDP)	Michael Neuner (SPD)	Philip Schinkel (GRÜNE)
<p>Erneuerbare Energien sind konsequent zu nutzen – dazu gehört grundsätzlich Windenergie an Land und auf See.</p> <p>Einen generellen Ausschluss von Windkraftanlagen im Wald lehne ich ab, da ansonsten die für unser Industrieland erforderlichen Ziele unerreichbar werden würden. Zu berücksichtigen ist zudem, dass wir in einer Kulturlandschaft leben, d.h. wir nutzen unsere Umgebung für bestimmte Zwecke. So ist der Wald nicht nur Erholungs- und Lebensraum für Mensch und Tier, sondern kann auch eine Ertragsquelle für Kommunen und Privatwaldbesitzer (Holzeinschlag), als Kur- und Heilwald oder für Sport und Tourismus genutzt werden oder als Schutzwald (vor Hangrutschungen o.ä.) dienen. Eine Fokussierung auf lediglich Funktion würde den vielen unterschiedlichen Interessen nicht gerecht werden.</p> <p>Die Interessen und Schwerpunkte für die Nutzung des Waldes sind vor Ort zu definieren und in Einklang zu bringen mit übergeordneten Planungen (wie Energieversorgung, Netze, etc.).</p>	<p>Windkraftanlagen sind Industrieanlagen und gehören fast ausschließlich in dafür ausgewiesene Industriegebiete.</p>	<p>Helge Fitz, Die Linke                      Antwort 1: Grundsätzlich bin ich wie meine Partei für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren (inklusive Windkraft), auch im Main-Kinzig-Kreis und auch (wenn es nicht anders geht) im Wald. Außerdem begrüße ich es wie meine Partei, wenn Windkraftanlagen von öffentlichen Trägern (z.B. Kreiswerken) betrieben werden. Noch besser sind regionale / lokale Genossenschaften, die Bürgerinnen und Bürger direkt am Gewinn beteiligen.</p> <p>Antwort 2: Damit der Wald erhalten bleibt, brauchen wir – neben vielem anderen - auch Windkraftanlagen. Ich würde mich deshalb für den weiteren Ausbau einsetzen unter stärkerer Berücksichtigung des Naturschutzes.</p>	<p>Ich stehe dem Ausbau von WEA in Waldgebieten skeptisch gegenüber. Wie bereits in der vorherigen Antwort angedeutet, würde ich mich für eine Stärkung des Waldschutzes im Zusammenhang mit dem Bau von WEA einsetzen.</p>	<p>Grundsätzlich bevorzuge ich Standorte für Windkraftanlagen auf bereits vorbelasteten Flächen, wie entlang von Autobahnen, Bahntrassen oder Industriegebieten. Dennoch müssen wir realistisch bleiben: Der Windatlas für Hessen zeigt, dass viele wirtschaftlich geeignete Standorte für Windenergie in Waldgebieten liegen, insbesondere in Mittelgebirgslagen wie dem Spessart oder dem Vogelsberg. Deshalb kann eine maßvolle Nutzung von Waldflächen für Windkraft nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden – jedoch nur unter strengen ökologischen Kriterien.</p> <p>- Neben einer klaren Abwägung der Standortfrage, werde ich mich für eine bessere finanzielle Beteiligung der Kommunen und Bürgerinnen und Bürger einsetzen, damit der Mehrwert der Energiewende vor Ort bleibt.</p> <p>- Darüber hinaus werde ich für einen besseren Schutz ökologisch sensibler Waldgebiete eintreten und verbindliche Standards für den naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien fordern.</p>	<p>Beantwortung der Fragen wurde abgelehnt, da der Wahlkampf dazu keine Zeit lässt.</p>

<p><b>FRAGE 5:</b> Wie das aktuelle Beispiel „Winterstein“ im Wetteraukreis zeigt, steigen die Pachtzahlungen pro WKA und Jahr inzwischen auf fast 500.000 €. Dies macht deutlich, dass der Bau von WKA zulasten der Stromkunden bzw. zulasten der Steuerzahler massiv übersubventioniert wird.  <b>Halten Sie das für richtig?</b>  <b>Würden Sie sich als Bundestagsabgeordneter für eine Reduzierung der Kosten des EEG, besser noch Abschaffung des EEG, einsetzen?</b>  <b>Welche Maßnahmen schlagen Sie für die Reduzierung der Kosten für den Steuerzahler vor?</b></p>					
Johannes Wiegelmann (CDU)	Jürgen Mohn (AfD)	Helge Fitz (Die Linke)	Dr. Markus Alexander Schmidt (FDP)	Michael Neuner (SPD)	Philip Schinkel (GRÜNE)
<p>Ich halte dies nicht für richtig. Eine umfassende Reform des EEG (bis hin zur Abschaffung) ist überfällig. Das EEG muss kosteneffizienter werden. Dafür bedarf es einer Subventionsreduzierung und eine marktgerechte Ausgestaltung. Beispielsweise könnte sofort angepasst werden, dass Negativpreise nicht mehr ausgeglichen werden. Zudem setzen wir auf Technologieneutralität. Die Förderung einer breiteren Palette von Technologien würde den Wettbewerb fördern und die Gesamtkosten der Energiewende potenziell senken.</p> <p>U.a. sind folgende Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten für den Stromkunden anzugehen: Ich halte dies nicht für richtig. Eine umfassende Reform des EEG (bis hin zur Abschaffung) ist überfällig. Das EEG muss kosteneffizienter werden. Dafür bedarf es einer Subventionsreduzierung und eine marktgerechte Ausgestaltung. Beispielsweise könnte sofort angepasst werden, dass Negativpreise nicht mehr ausgeglichen werden. Zudem setzen wir auf Technologieneutralität. Die Förderung einer breiteren Palette von Technologien würde den Wettbewerb</p>	<p>Ideologiegetriebene Kosten wie EEG-Umlage, CO2-Steuer und das Gebäudeenergiegesetz (GEG) werden wir abschaffen.</p>	<p>Zu „Winterstein“ kann ich nichts sagen. Eine Abschaffung des EEG ist falsch. Denn langfristig wird der weitere Ausbau der Erneuerbaren die Preise senken. Aber so lange können Menschen mit kleinem Einkommen, Familien und Kleingewerbetreibende nicht warten. Sie brauchen schnelle Entlastung. Z. B. durch sozial gestaffelte Preise bei Strom und Wärme, bei denen für Durchschnittsverbräuche preisgünstige Sockeltarife eingeführt werden. Oder durch einen vorübergehenden Energiesoli für Reiche als Zuschlag auf die Einkommen-, Lohn- und Kapitalertragssteuer. Ebenso will Die Linke rückwirkend zum 01.01.2025 ein soziales Klimageld von aktuell 320 Euro jährlich pro Person als Direktzahlung für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen einführen. All das unterstütze ich.</p>	<p>Die aktuellen Regelungen der deutschen Energiepolitik laufen den Regelungen auf europäischer Ebene teils diametral entgegen; aufgrund des sogenannten „Wasserbetteffekts“ führen Einsparungen in der CO2-Emission hierzulande nur zu einer lokalen Verlagerung der Emissionen ins Ausland. Vor diesem Hintergrund trete ich dafür ein, den Sonderweg Deutschlands in der Energiepolitik aufzugeben. Viel-mehr muss der europäische Emissionshandel gestärkt und möglichst als globales Vorbild propagiert werden. Alle Regelungen des EEG, die damit im Widerspruch stehen, sind m.E. zu beseitigen. Zudem trete ich dafür ein, die Stromsteuer auf den EU-Mindeststeuersatz zu senken, wobei ich der Auffassung bin, dass auf europäischer Ebene deren Abschaffung angestrebt werden muss.</p>	<p>Windenergie ist weder übersubventioniert noch besonders teuer. Wenn sie an optimalen Stellen eingesetzt wird, ist sie ganz im Gegenteil eine kostengünstige Energiequelle.</p>	<p>Beantwortung der Fragen wurde abgelehnt, da der Wahlkampf dazu keine Zeit lässt.</p>

Fragen an die Kandidaten des Wahlkreises 174 zur Bundestagswahl 2025 -BI Windkraft im Spessart – In Einklang mit Mensch und Natur e.V. & Gegenwind Bad Orb e.V.

<p>fördern und die Gesamtkosten der Energiewende potenziell senken. U.a. sind folgende Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten für den Stromkunden anzugehen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Effizienter Infrastrukturausbau: Optimierung des Netzausbaus, um unnötige Kosten zu vermeiden.</li><li>- Internationale Zusammenarbeit: Zusammenarbeit mit Partnern, um wettbewerbsfähige Energieversorgung zu sichern.</li><li>- Verantwortungsvolle CO2-Bepreisung: Rückführung der Einnahmen aus der CO2-Bepreisung an Verbraucher und Unternehmen, konkret werden wir die Stromsteuer und Netzentgelte reduzieren. Höhere Belastungen durch steigende CO2-Abgaben müssen auch zu höheren Entlastungen führen.</li></ul>					
--	--	--	--	--	--

<b>FRAGE 6:</b> Die Versorgung mit elektrischem Strom durch Wind und Sonne erfolgte von Anfang an durch massive Subventionierung. Darüber hinaus ist auch ein Umbau der Stromnetze erforderlich, deshalb werden auch diese subventioniert (sonst ist kein Unternehmen dazu bereit). <b>Stimmen Sie der starken Lenkungsrolle des Staates zu - verbunden mit einem hochsubventionierten Umbau der Stromversorgung wie bisher - oder vertreten Sie eine marktwirtschaftlich orientierte Politik?</b> <b>Wie sähe eine entsprechende marktwirtschaftliche Politik aus?</b>					
Johannes Wiegelmann (CDU)	Jürgen Mohn (AfD)	Helge Fitz (Die Linke)	Dr. Markus Alexander Schmidt (FDP)	Michael Neuner (SPD)	Philip Schinkel (GRÜNE)
Wir setzen auf die Gewinnung von privatem Kapital. Für einen schnellen und günstigen Ausbau von Stromnetzen werden wir verstärkt Freileitungen nutzen. Bei Strom-, Wärme-, Gas-, Wasserstoff- und CO2-Infrastruktur setzen wir auf Standardisierung und gemeinsamen Ausbau.	Die AfD wird im Sinne der Bürger und Wirtschaft auf Marktwirtschaft und Technologieoffenheit setzen und konsequent den Dreiklang der Energieversorgung aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz wieder herstellen. Zukünftig müssen Anlagen zur Erzeugung „Erneuerbarer Energien“ ihre uneingeschränkte Umweltverträglichkeit sowie ihren ökonomischen Nutzen durch den Verzicht auf Vorranginspeisung und Subvention nachweisen.	Ich halte eine Lenkung durch den Staat in vielen Bereichen – z. B. Industriepolitik, Infrastruktur, Gesundheit, Bildung und Mobilität – für notwendig. Hätte die EU (insbes. Deutschland) bereits vor 30 Jahren die Antriebstechnik für Fahrzeuge in eine Null-Emissions-Richtung „gelenkt“, hätte man die Führungsrolle in der Fahrzeugindustrie nicht an China verloren. Auch Kohle und Kernkraft wurden stark subventioniert. Ohne staatliche Garantien im Falle schwerer Kernkraftunfälle wäre kein einziges AKW gebaut worden. Deshalb kann es auch in der Energiepolitik immer nur einen stark regulierten Markt geben.	Als studierter Volkswirt bin ich von der Effektivität marktwirtschaftlicher Prozesse überzeugt; staatlichen Lenkungsversuchen durch Subventionen stehe ich grundsätzlich skeptisch bis ablehnend gegenüber. Wie oben bereits angedeutet, bevorzuge ich die Stärkung des europäischen Emissionshandels und trete für die Aufgabe des deutschen Sonderwegs in der Energiepolitik ein. Zudem bin ich dafür, die technologieoffene Forschung zu alternativen Energiequellen der Zukunft (z.B. Kernfusion) zu intensivieren.	Ohne Subventionierung durch den Staat wären vor allem die langjährigen konventionellen Energiegewinnungsmethoden in Deutschland – Kohle und Atomkraft – deutlich teurer	Beantwortung der Fragen wurde abgelehnt, da der Wahlkampf dazu keine Zeit lässt.

<b>FRAGE 7: Nach Abschaltung der letzten Kernkraftwerke wurde Deutschland zu einem Strom-Importland. Vorher überwog der Strom-Export. Wie stehen Sie zum Abschaltplan für deutsche Grundlastkraftwerke ohne Vorhandensein von Ersatz-Grundlastkraftwerken?</b>					
<b>Johannes Wiegelmann (CDU)</b>	<b>Jürgen Mohn (AfD)</b>	<b>Helge Fitz (Die Linke)</b>	<b>Dr. Markus Alexander Schmidt (FDP)</b>	<b>Michael Neuner (SPD)</b>	<b>Philip Schinkel (GRÜNE)</b>
<p>Als Union werden wir nie mehr etwas abschalten oder aus etwas aussteigen, bevor wir nicht präzise den Ersatzbedarf ermittelt und dieser ans Netz gebracht worden ist. Das heißt, es darf kein weiteres endgültiges Abschalten von Kohlkraftwerken geben, solange als Ersatz keine neuen Gaskraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen gebaut sind.</p>	<p>Neben dem kurzfristig notwendigen Ausbau von Kohlekraftwerken ist der Ausbau der Kernenergie geplant. Dabei sollen bestehende Konzepte wieder aufgegriffen werden und neue Entwicklungen werden. Bestehende Kraftwerke sollen so schnell wie möglich wieder in Betrieb genommen werden. Alle dafür notwendigen Techniken und Voraussetzungen berücksichtigt sollen wieder in deutschen Firmen, Behörden, Instituten und Universitäten angesiedelt werden. Bis Deutschland wieder Kernkraft einsetzt, werden Kohle und Gas eine sichere Stromversorgung gewährleisten müssen, da Stromgroßspeicher nicht existieren oder zu teuer sind.</p>	<p>Es gibt Fachleute, die das Grundlastproblem bestreiten und es gibt solche, die das hervorheben. Ich kann das nicht beurteilen. Wichtig ist nur, dass wir den Grundlastbereich auch zukünftig abdecken müssen.</p>	<p>Der Wohlstand Deutschlands basiert auf seiner Industrie. Und auch wenn die Bedeutung des Dienstleistungssektors steigt, braucht es eine internationale wettbewerbsfähige Industrie, um unseren Wohlstand zu sichern und auszubauen. Dies geht nur mit grundlastfähigen Energiequellen. Deren Reduzierung in den letzten Jahren sehe ich mit Sorge. Vielmehr möchte ich mich dafür einsetzen, klimabelastende grundlastfähige Energiequellen durch die Nutzung z.B. von CCS-Technologie nachhaltig weiterzuentwickeln.</p>	<p>Das Fraunhofer-Institut hat dazu erst kürzlich eine Analyse veröffentlicht, nach der eine sichere Energieversorgung auch ohne Grundlastkraftwerke möglich ist. Falls sie eingesetzt werden, kommen als CO2-arme Varianten etwa Geothermie oder Erdgas-Kraftwerke infrage.</p>	<p>Beantwortung der Fragen wurde abgelehnt, da der Wahlkampf dazu keine Zeit lässt.</p>



<b>FRAGE 8:</b> Vor einiger Zeit bezifferte der BDI die Kosten der Energiewende mit 1,4 Billionen €. Statt die Kosten zu hinterfragen, bezeichnete er sie als notwendig. Unter vier Augen reden Unternehmer ganz anders. Aus Imagegründen trauen sich jedoch nur wenige, den eingeschlagenen deutschen Weg infrage zu stellen. <b>Wie ist Ihre Position?</b>					
Johannes Wiegelmann (CDU)	Jürgen Mohn (AfD)	Helge Fitz (Die Linke)	Dr. Markus Alexander Schmidt (FDP)	Michael Neuner (SPD)	Philip Schinkel (GRÜNE)
<p>Es trifft zu: Ohne eine Kostenwende hin zu mehr Effizienz scheitert die Energiewende. Um das Scheitern abzuwenden, bedarf es einer klaren Priorisierung.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-Alle zusätzlichen Kostentreiber müssen auf den Prüfstand.</li> <li>- Der Ausbau des Netzes und der Erneuerbaren muss besser aufeinander abgestimmt werden, Redundanzen können wir uns nicht leisten.</li> <li>- Echte Technologieoffenheit ist die Voraussetzung für umfassende Effizienz.</li> <li>- Gleichzeitig wollen wir Synergien eines integrierten Energiesystems besser nutzen, als dies die Ampel mit dem einseitigen Fokus auf Wind- und Solarstrom getan hat. Wir müssen die künftige Erzeugung und Verteilung von Strom, grünen Gasen, einschließlich Wasserstoff, sowie das Management von Kohlenstoff verknüpft planen.</li> </ul> <p>Es trifft zu: Ohne eine Kostenwende hin zu mehr Effizienz scheitert die Energiewende. Um das Scheitern abzuwenden, bedarf es einer klaren Priorisierung.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Alle zusätzlichen Kostentreiber müssen auf den Prüfstand.</li> <li>- Der Ausbau des Netzes und der Erneuerbaren muss besser aufeinander</li> </ul>	<p>Die AfD wird durch Korrektur der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ermöglichen, dass Strom wieder jederzeit in ausreichender Menge zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung steht. Teure Techniken, wie Akkumulatoren, Brennstoffzellen und Wasserstofftechnik, werden dafür nicht grundsätzlich benötigt.</p>	<p>Die Energiewende kostet, ja. Aber ein Großteil dieser Kosten sind Investitionen. Investitionen sind aber keine Ausgaben, die dann weg sind. Sondern sie schaffen einen Kapitalstock in Form von langlebiger Infrastruktur. Und dieser Kapitalstock wirft Wertschöpfung ab. Es ist also falsch, diese Kosten nur negativ zu sehen.</p>	<p>Der deutsche Sonderweg in der Energiepolitik muss beendet werden; das direktionistische Handeln der Politik muss zu Gunsten eines technologieoffenen und marktwirtschaftlich orientierten Ideenwettbewerbs beendet werden.</p>	<p>Die Energiewende ist für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland unerlässlich.</p>	<p>Beantwortung der Fragen wurde abgelehnt, da der Wahlkampf dazu keine Zeit lässt.</p>

<p>abgestimmt werden, Redundanzen können wir uns nicht leisten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Echte Technologieoffenheit ist die Voraussetzung für umfassende Effizienz.</li> <li>- Gleichzeitig wollen wir Synergien eines integrierten Energiesystems besser nutzen, als dies die Ampel mit dem einseitigen Fokus auf Wind- und Solarstrom getan hat. Wir müssen die künftige Erzeugung und Verteilung von Strom, grünen Gasen, einschließlich Wasserstoff, sowie das Management von Kohlenstoff verknüpft planen. Diese Kostenwende steht im Mittelpunkt der folgenden fünf Eckpfeiler:</li> </ul> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Erst Einstieg, dann Ausstieg             <ul style="list-style-type: none"> <li>- Neue Gaskraftwerke schnell ans Netz bringen.</li> <li>- Zwang zu Rückbau von Energieinfrastruktur verhindern.</li> <li>- Europäische Energie-Union voranbringen, Synergien nutzen.</li> <li>- Wiederinbetriebnahme zuletzt abgeschalteter Kernkraftwerke prüfen.</li> </ul> </li> <li>2. Praxistaugliche und kostengünstige Maßnahmen statt realitätsfremder Idealvorgaben             <ul style="list-style-type: none"> <li>- Auf Grundlage realistischer Energiebedarfe planen.</li> <li>- Mit einer Energiehandelsstrategie Kostenvorteile importieren.</li> <li>- Sparpotenziale bei Übertragungsnetzen und Offshore-Wind nutzen.</li> </ul> </li> <li>3. Mit Technologieoffenheit und Innovation alle Potenziale heben             <ul style="list-style-type: none"> <li>- Technologieoffen alle erneuerbaren Energien und</li> </ul> </li> </ol>					
---	--	--	--	--	--

<p>klimateutralen Gase sowie alle klima- freundlichen Optionen für Verkehr und Wärme nutzen.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Heizungsgesetz der Ampel zurücknehmen und das europäische Verbrenner-Verbot aufheben.</li><li>- Die Stromnetze digitalisieren.</li><li>- Den ersten Fusionsreaktor der Welt bauen.</li></ul> <p>4. Mit Marktwirtschaft zum Klimaziel</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Emissionshandel als Leitinstrument europäisch stärken und international voranbringen.</li><li>- Der ETS darf weder zu Überforderung noch Abwanderungen führen.</li><li>- Mehr Markt durch Pioniermärkte und einen echten Kapazitätsmarkt.</li></ul> <p>5. Die Stromkosten müssen spürbar runter</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Kontrolle über die Entwicklung der Netzentgelte gewinnen.</li><li>- Stromsteuer und Netzentgelte spürbar senken.</li><li>- CO2-Einnahmen an die Bürger und Unternehmen zurückgeben.</li></ul> <p>Detaillierungen zu den vorgenannten fünf Eckpfeiler finden sich auch in den Antworten zu weiteren Fragen wieder.</p>					
---	--	--	--	--	--

<b>FRAGE 9: Andere Länder nutzen beispielsweise Kernenergie, CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Lagerung, CO<sub>2</sub>-Filterung aus der Luft, Fracking in Deutschland, etc. zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen.                      Wie stehen Sie zur Position, alle Methoden der CO<sub>2</sub>-Reduktion anzuwenden?                      Insbesondere auch die Wiederinbetriebnahme der abgeschalteten Atomkraftwerke?</b>					
Johannes Wiegelmann (CDU)	Jürgen Mohn (AfD)	Helge Fitz (Die Linke)	Dr. Markus Alexander Schmidt (FDP)	Michael Neuner (SPD)	Philip Schinkel (GRÜNE)
<p>Ich teile die Position, dass alle Methoden der CO<sub>2</sub>-Reduktion anzuwenden sind. Wir werden als Union insbesondere die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, um Carbon Capture and Utilization (CCU), Carbon Capture and Storage (CCS) and Direct Air Capture (DACCS) sowie erforderliche Transportinfrastruktur zu ermöglichen.</p> <p>Als Union als wir an der Option Kernenergie fest, wir setzen auf die Forschung zu Kernenergie der vierten und fünften Generation, Small Modular Reactors und Fusionskraftwerke.</p> <p>Das Abschalten der verbliebenen Kernkraftwerke durch die Ampel-Regierung war falsch. Ich unterstütze die Forderung von CDU/CSU ausdrücklich, die Wiederaufnahme des Betriebs der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke zu prüfen.</p>	<p>Die CO<sub>2</sub>-Abgaben erhöhen die Produktionskosten und führen zu einem Wettbewerbsnachteil für die deutsche Industrie. Weiterhin benachteiligen sie ländliche Regionen, insbesondere unsere Landwirte, die auf fossile Energien angewiesen sind. Ein Fahrzeug mit hohem "Emissionspotential" kann letztendlich weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen als ein Fahrzeug mit geringerem "Emissionspotential", wird jedoch höher besteuert. Elektrofahrzeuge, die in der Produktion die Umwelt belasten, werden einseitig bevorzugt. Wir fordern eine ersatzlose Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Abgaben.</p>	<p>Alle Möglichkeiten der CO<sub>2</sub>-Reduktion, die in den nächsten fünf bis zehn – entscheidenden – Jahren wirken können, sollten ernsthaft geprüft werden.</p>	<p>Statt sich auf einen kleinen Ausschnitt klimaschonender Technologien zu beschränken, wie es Deutschland derzeit macht, bin ich dafür, einen Mix aus verschiedenen Maßnahmen anzuwenden. Denn das Ziel muss klar sein – die möglichst weitgehende Vermeidung klimaschädlicher Emissionen – es muss aber der Kreativität der Menschen und Unternehmen überlassen sein, wie die Ziele erreicht werden. Inwieweit eine Wiederinbetriebnahme der AKW tatsächlich realistisch ist, ist m.E. derzeit schwer zu beurteilen. Hier bedarf es einer ergebnisoffenen Prüfung.</p>	<p>Der Klimaschutz braucht innovative und sichere Lösungen, keine Rückkehr zu alten, risikobehafteten Technologien. Die Wiederinbetriebnahme der Atomkraftwerke ist weder wirtschaftlich noch sicher umsetzbar. Auch Fracking lehne ich ab – es birgt Umweltgefahren und ist keine nachhaltige Lösung.</p> <p>Stattdessen setze ich auf den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien, Wasserstofftechnologie und Energieeffizienz. Unser Ziel muss eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung sein – ohne neue Umwelt- und Sicherheitsrisiken.</p>	<p>Beantwortung der Fragen wurde abgelehnt, da der Wahlkampf dazu keine Zeit lässt.</p>

<b>FRAGE 10: Strom aus Windkraftanlagen wird bekanntlich nur bei Wind geliefert. Jedoch braucht unsere Gesellschaft zu jeder Zeit eine sichere Stromversorgung. Wie stehen Sie dazu, dass die Windkraft- und Photovoltaikindustrie zukünftig Gasturbinen, Batterien und Wasserstoffproduktion in dem Umfang miterrichten muss, wie sie Windkraftkapazitäten aufbaut, um zu jeder Zeit sicher Strom liefern zu können, in gleicher Weise wie Grundlastkraftwerke?</b>					
Johannes Wiegemann (CDU)	Jürgen Mohn (AfD)	Helge Fitz (Die Linke)	Dr. Markus Alexander Schmidt (FDP)	Michael Neuner (SPD)	Philip Schinkel (GRÜNE)
Lehne ich ab.	Teure Techniken, wie Akkumulatoren, Brennstoffzellen und Wasserstofftechnik, werden dafür nicht grundsätzlich benötigt.	Das ist prinzipiell der richtige Weg	Ich halte die in der Frage dargestellten Alternativen zu einer grundlastfähigen Energieerzeugung in Deutschland für schwierig zu realisieren. Immerhin müssten z.B. Batteriekapazitäten für jede noch so unwahrscheinliche Dunkel-Flaute-Situation vorgehalten werden. Das treibt die Kosten unnötig hoch. Eine Ergänzung der WEA, um überschüssige Energie in Form von Wasserstoff zu speichern, halte ich für sinnvoll, nicht aber den Ausbau der WEA zu diesem Zweck. Hier bedarf es einer internationalen Kooperation unter Nutzung von Wind-, Solar und anderen regenerativen Energieträgern. So könnte z.B. in Afrika über Solarenergie effizient Wasserstoff produziert und nach Europa geliefert werden. Damit würde zudem ein Beitrag zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung dort geleistet, von dem die Menschen vor Ort profitieren können.	Eine sichere Stromversorgung rund um die Uhr ist entscheidend. Deshalb brauchen wir neben Wind- und Solarenergie auch Speichertechnologien wie Batterien, Wasserstoff und flexible Kraftwerke. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss daher mit Investitionen in Speicher und Netzinfrastruktur einhergehen. Statt eine einzelne Branche zur Miterrichtung zu verpflichten, setze ich auf staatliche Anreize und klare Rahmenbedingungen, um Speicherkapazitäten gezielt auszubauen.	Beantwortung der Fragen wurde abgelehnt, da der Wahlkampf dazu keine Zeit lässt.

<b>Frage 11: Der Bundesrechnungshof hat jüngst festgestellt: „Die Versorgungssicherheit ist gefährdet, der Strom ist teuer und Auswirkungen der Energiewende auf Landschaft, Natur und Umwelt kann die Bundesregierung nicht umfassend bewerten.“                      Wie stehen Sie zu dieser Feststellung?                      Was würden Sie als Bundestagsabgeordneter unternehmen, um unsere Stromversorgung wieder auf eine gesunde Basis zu stellen?</b>					
Johannes Wiegelmann (CDU)	Jürgen Mohn (AfD)	Helge Fitz (Die Linke)	Dr. Markus Alexander Schmidt (FDP)	Michael Neuner (SPD)	Philip Schinkel (GRÜNE)
<p>Ich widerspreche dem Bundesrechnungshof nicht.</p> <p>Im Übrigen verweise ich auf die vorstehenden Ausführungen.</p>	<p>Neben dem kurzfristig notwendigen Ausbau von Kohlekraftwerken ist der Ausbau der Kernenergie geplant. Dabei sollen bestehende Konzepte wieder aufgegriffen werden und neue Entwicklungen werden. Bestehende Kraftwerke sollen so schnell wie möglich wieder in Betrieb genommen werden. Alle dafür notwendigen Techniken und Voraussetzungen berücksichtigt sollen wieder in deutschen Firmen, Behörden, Instituten und Universitäten angesiedelt werden. Bis Deutschland wieder Kernkraft einsetzt, werden Kohle und Gas eine sichere Stromversorgung gewährleisten müssen, da Stromgroßspeicher nicht existieren oder zu teuer sind.</p>	<p>Mich überrascht, dass hier der Bundesrechnungshof als „Autorität“ für Energiepolitik herangezogen wird. Unabhängig davon ist eine sichere, klimaneutrale Strom- und Wärmeerzeugung zu bezahlbaren Preisen ein zentrales Anliegen meiner Partei und auch von mir. Dafür würde ich mich einsetzen.</p>	<p>Die Analyse des Bundesrechnungshofs teile ich. In meinen bisherigen Antworten habe ich die Maßnahmen, die ich für eine dringend nötige Änderung der deutschen Energiepolitik für wichtig erachte, bereits skizziert. Zusammenfassend bin ich für eine Stärkung des europäischen Emissionshandels, das Ende des deutschen Sonderwegs in der Energiepolitik, die ergebnisoffene und ideologiefreie Nutzung aller klimaschonenden Energiequellen und für einen Ausbau der internationalen Kooperation im Bereich der Energieproduktion.</p>	<p>Zur ganzen Wahrheit gehört allerdings auch, dass der Präsident des Bundesrechnungshofes dem folgende Bemerkung vorangestellt hat: „Das Gelingen der Energiewende ist von herausragender Bedeutung für Deutschland. Ihre Ziele sind ambitioniert. In der Umsetzung hinkt Deutschland diesen Zielen aber deutlich hinterher. Ein Scheitern hätte gravierende Folgen, denn der Erfolg der Energiewende ist zentral für ihre Akzeptanz in der Bevölkerung, den Wirtschaftsstandort Deutschland und das Erreichen der Klimaschutzziele.“ Eine gesunde Basis für die Stromversorgung würde folglich eher von stärkeren Investitionen und schnellerer Umsetzung auch von Windkraftanlagen abhängen. Unsere Stromversorgung muss sicher, bezahlbar und klimafreundlich sein. Deshalb setze ich mich für einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien, leistungsfähige Stromnetze und mehr Speichertechnologien wie Wasserstoff und Batterien ein. Um die Basis der Energieversorgung zu stärken, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen für</p>	<p>Beantwortung der Fragen wurde abgelehnt, da der Wahlkampf dazu keine Zeit lässt.</p>

Fragen an die Kandidaten des Wahlkreises 174 zur Bundestagswahl 2025 -BI Windkraft im Spessart – In Einklang mit Mensch und Natur e.V. & Gegenwind Bad Orb e.V.

				Investitionen, eine bessere Koordination zwischen Bund und Ländern und eine faire Beteiligung der Kommunen.	
--	--	--	--	---	--